

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Gebäcker u. der Arbeiterkräfte in der Süßwaren-, Kek-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 3

Erscheint jeden Mittwoch Redaktionsruhe Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro dreigepaltene Pettzelle Mk. 1, für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Senkung der Preise.

Große Nachrichten konnten wir in den letzten Tagen in der Presse lesen. Die Regierung soll sich bereit erklärt haben, Milliardenbeträge auszuwerfen, um einen Abbau der Lebensmittelpreise herbeiführen zu können. Dieser Plan wurde schon lange Zeit erwogen. Viele wirtschaftliche Organisationen, so unter anderem auch das Komitee des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, haben sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt, um endlich die Schraube der fortwährenden Preiserhöhung zum Stehen zu bringen. Man müßte auch nach langem Sträuben die Regierung einsehen, daß dieser Weg der einzige ist, der aus dem zum Zusammenbruch treibenden Dilemma hinwegführt und die Möglichkeit eines allgemeinen Preisstoppes eröffnet.

Nach wissen wir die Wirkung nicht. Wenn man in diesem Falle den Presseberichten Glauben schenken darf, dann soll durch den Abbau auf Kosten des Staatsbudgets für eine fünfköpfige Familie wöchentlich eine Ersparnis von M 25 bis M 30 einströmen.

Es ist beabsichtigt, vorläufig auf 3 Monate folgende Mengen ausländischer Lebensmittel pro Woche und Kopf abzugeben: 1/2 Pfund Roggenmehl für 82 bis 84,- pro Pfund (gegen früher M 2,20), je nach der Stadt 100 bis 250 Gramm Fleisch für M 4,50 das Pfund (früher M 11 das Pfund), 1/4 Pfund Reis oder Hülsenfrüchte (1 Pfund Reis jetzt M 2 gegen früher M 8 bis M 8,40 und 1 Pfund Hülsenfrüchte für M 1,25 gegen früher M 4,50), 1/4 Pfund Zucker für M 4 (gegen früher M 7,70) pro Pfund. Konzentrierte Milch, die in erster Linie Kindern und alten Leuten vorbehalten bleibt, soll nicht über M 1,80 (statt bisher M 3) die Büchse kosten.

Natürlich tragen sich die Unternehmer jetzt schon mit dem Gedanken, obwohl die Preisentwertung noch nicht in Kraft getreten ist, daß in gleicher Weise auch die Löhne abgebaut werden müssen. Sie begründen ihre Ansichten damit, daß bei den heutigen Löhnen die Industrie und das Gewerbe nicht konkurrenzfähig seien. Besonders dem Auslande gegenüber werde bei den heute bestehenden Löhnen die Industrie stark in das Hintertreffen kommen. Wie man sieht, sollen jetzt schon die Arbeiter wieder zur Bezahlung der doppelten Besoldung herangezogen werden. Erstens durch die Erhöhung der Steuern in direkter und indirekter Hinsicht, dann dadurch, daß die Lohnentlohnung gekürzt werden sollen. Die Arbeiter haben daher alle Ursache, aufzupassen, daß bei dem Abbau der Preise nicht sie allein die Leidtragenden sind.

Selbst wenn die obengenannte Ersparnis zutreffen wird, so fehlt noch so vieles, um wie vor dem Kriege leben zu können. Bei den Arbeitern haben die langen Gläubigkeitsjahre die größte Not und Verwüstung im Haushalte hervorgerufen. An die Anschaffung von Kleidern, Schuhen, Wäsche und sonstigen Haushaltsgegenständen konnte man deshalb nicht gedacht werden, weil das Lohnentlohnung ausschließlich für die Lebensmittel aufging. Aber auch hier reichte der Verdienst nicht. Nur das Notdürftigste konnte gekauft werden, um sich bei der jahrelangen Unterernährung vor dem Zusammenbruch zu schützen. Von Gattessen war keine Rede. Im Haushalt fehlte es aber an allen.

In einer solchen Zeit werden aber die Unternehmer mit ihren Plänen kein Glück haben. Im Gegenteil, die Löhne, die vielleicht jetzt mehr eintreten wird, weil auch in dieser Zeit die begründete Einsparung auf die Einfuhr von größeren Mengen Lebensmitteln aus dem Auslande besteht, sie würde recht bald wieder der großen Empörung der Massen auslösen. Die Folge davon wäre auch das Unbeherrschbarwerden der wirtschaftlichen Kampfe.

Die Zeit rückt jetzt nahe, wo die gewerkschaftlichen Organisationen in heißen Kämpfen zur Machterhaltung gezwungen werden. Sie werden gezwungen, den Beweis anzutreten, daß seit dem Ausbruch der Revolution und durch den Zutritt von Millionen Mitgliefern der Lohnbrüder ein starker Schwund entgegengestellt werden kann. Solange das Unternehmertum in wirtschaftlicher Hinsicht auf ganz andern Füßen steht und keine Gewinne ganz andere Höhen erreichen als die Löhne der Arbeiter, haben diese nicht die geringste Ursache, sich auch nur einen Pfennig von ihrem heutigen Einkommen kitzeln zu lassen.

In unsern Berufen machen wir heute schon die Wahrnehmung, daß sich die Unternehmer mit dem Gedanken der Lohnkürzung beschäftigen werden, sobald die Preise sinken. Da jedoch vielerorts das Einkommen unserer Berufsangehörigen noch weit hinter dem der übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen steht, so haben wir erst recht keine Ursache, uns mit einer Lohnkürzung einverstanden zu erklären. Dort, wo die Beschäftigten reiflos der gewerkschaftlichen Organisation angehören, wird der Unternehmerplan nicht gelingen. Wo aber heute noch nicht die Arbeiter und Arbeiterinnen eingeleitet haben, daß der gewerkschaftliche Anschluß ein Gebot der Pflicht zu ihrer Selbsterhaltung ist, da werden die Unternehmer den Widerstand bald brechen können.

Wir haben aber alle ein Interesse daran, daß nirgends die Pläne der Unternehmer verwirklicht werden. Sobald irgendwo Bresche gelegt werden kann, wird es für den übrigen Teil schwer halten, in erfolgreiche Abwehr einzutreten. Der Schaden wird sich recht bald allorts bemerkbar machen. Darum muß die Zeit genutzt werden. Es muß von allen Mitgliedern mehr in der Agitation und der Gewinnung von Mitgliedern getan werden als bisher. Dort, wo heute gearbeitet wird, finden wir keine Außenreiter mehr. Wo man aber nur dem Vorstände oder den Angestellten die ganze Arbeit überläßt und sich die Mitglieder um gar nichts kümmern, da fehlt es, und Tausende unserer Berufsangehörigen sind noch nicht organisiert. Darum frühzeitig unsere Warnung. Die kommenden Tage müssen in allen Verbandsorten agitatorisch ausgenutzt werden. Unsere Parole muß sein:

Jedes Mitglied hat die Pflicht, ein neues Mitglied für den Verband zu gewinnen!

Kommunalisierung des Bäckereigewerbes.

D. Eggerstedt, Kiel.

Als Mitglied der Städtischen Sozialisierungskommission habe ich schon bald nach dem Bekanntwerden des Entwurfs, der eine Ueberführung wichtiger Lebensmittelbetriebe in städtische Regie vorsieht, einen Plan für die Errichtung einer städtischen Bäckerei ausgearbeitet. Um ertümelten Auffassungen zu begegnen, möchte ich betonen, daß diese Kommunalisierung nicht Sozialisierung selbst ist, sondern nur einer einheitlichen, das ganze Reich erfassenden Sozialisierung den Weg ebnet. Gründe und Ziele sind aber bei Kommunalisierung wie Sozialisierung dieselben; ich lasse sie knapp umrissen folgen:

1. Organisierung der Produktion gegenüber der jetzt herrschenden Willkür.
2. Durch die Organisierung: Rationellste Ausnutzung der Rohmaterialien, Anlagen und Arbeitskräfte.
3. Durch vollstes Mitbestimmungsrecht der Arbeiter Stärkung des Berufs- und Arbeitsfreudigkeit.
4. Qualitative wie quantitative Besserstellung des Produkts.

Mit Recht sagt meines Erachtens Dr. Feinr. Lausberg in seiner Broschüre „Was heißt Sozialisierung?": „Man kann einen Betrieb nicht rentabel gestalten nach kapitalistischen Gesichtspunkten, wenn man ihn sozialisieren will. Der gewaltigen Notlage unserer Wirtschaft läßt sich nur abhelfen durch Ersparnisse im großen im gesellschaftlichen Sinne. Nun sind Ersparnisse im gesellschaftlichen und im kapitalistischen Sinne zwei sehr verschiedene Dinge. Es kann eine notwendige

Maßnahme eine gebotene Ersparnis im gesellschaftlichen Sinne sein und doch zugleich eine erhebliche Zerstörung von privatem Kapital darstellen. Denke man sich, daß zur Brotversorgung einer Stadt die 12 größten Brotfabriken genügen, daß aber außer ihnen noch 400 bis 500 Klein- und Mittelbetriebe dem gleichen Zwecke dienen. Darin liegt eine Vergeudung von gesellschaftlicher Arbeitskraft, von Material, von Betriebsmitteln, eine Unwirtschaftlichkeit der Zuführung und Verteilung. Werden nun solche Betriebe beseitigt, so bedeutet dieses eine Aufhebung von privatem Unternehmerkapital, eine Zerstörung im Sinne der privatkapitalistischen Wirtschaft. Und doch ist die Durchführung solcher Maßnahmen, sind großzügige Ersparnisse dieser Art mit ihrer dadurch gebotenen Neuorganisation der Gesellschaft zu einer absoluten Notwendigkeit geworden."

Wir müssen nun zunächst untersuchen, ob die oben gestellten Ziele und das von Lausberg Gesagte sich in unserm Gewerbe verwirklichen lassen. Es muß festgestellt werden:

1. Wie augenblicklich produziert wird.
2. Ob sich die Produktion einfacher, rationeller gestalten läßt.
3. Wie die durch die Neuordnung frei werdenden Arbeitskräfte untergebracht werden sollen.

Zu diesem Zweck stellt man zunächst eine Tabelle über die Anzahl und Größe der vorhandenen Betriebe auf. Sei uns in Kiel ergibt sich dann zusammengefaßt folgendes Bild. Es produzieren:

6 Großbetriebe mit 122 Gefellen und 1 Lehrling	155 787 Brote
115 Kleinbetriebe	27 " " 60 Lehrlingen 57 851 "
121 Betriebe	mit 149 Gefellen und 61 Lehrlingen 213 638 Brote

Nunmehr hat man zu prüfen, wieviel Brot muß in einer Versorgungswoche hergestellt werden, wieviel Betriebe können innerhalb der gesetzlichen Arbeitszeit mit den vorhandenen Einrichtungen dies Quantum Brot herstellen. In Kiel ergibt sich folgendes, das ich zum besseren Verständnis einfüge: Es werden gebraucht in einer Woche, nachdem eine Zulage erfolgt ist, rund 225 000 Brote. Es können herstellen täglich 4 Großbetriebe:

Konsumbäckerei	65 Platten à 150 Brote = 9 750
Vereinsbäckerei	65 " " à 150 " = 9 750
Nehlsen „Wit“	65 " " à 150 " = 9 750
„Waisenhof“	60 " " à 150 " = 9 000

Zusammen ... 38 250 Brote

In einer Versorgungswoche also 6 x 38 250 = 230 100 Brote. Es ergibt sich also ein Ueberschuß von 5100 Brote, der zur Ansammlung von Reserven für Wochenfeiertage da sein muß. Die noch verbleibenden Großbetriebe können teils als Reservebetriebe bestehen bleiben, da mit Produktionssteigerungen zu rechnen ist, teils können die in ihnen vorhandenen Anlagen zur Vergrößerung der bestehenden Betriebe verwendet werden und die Räume finden als Lagerhöden Verwendung.

Die Brotverteilung ist so gedacht, daß jeder der 4 angeführten Betriebe die nächstliegenden Straßen versorgen muß. Soviel Stück — soviel Köpfe —, also können die und die Straßen von dem Betrieb beliefert werden, während an der Grenze der nächstliegende Betrieb einrückt.

Auf Grund dieser Aufstellung wäre zu berechnen, wieviel Geplante die einzelnen Fabriken benötigen. Die Ladefähigkeit der Geplante kann mit durchschnittlich 800 Brote eingeseht werden.

Die Brotverteilung geschieht augenblicklich durch fast 900 Verkaufsstellen; so kann es natürlich in Zukunft nicht bleiben. Als Verteiler kommen zunächst die Bäckermeister in Frage, deren Zahl sich auf rund 140 beläuft. Dann folgen die Verkaufsstellen des Allgemeinen Konsumvereins, der ja auch nach Uebernahme der Bäckerei als Lebensmittelverteiler bestehen bleibt. Die Verkaufsstellen für Brot sollen sich natürlich über das ganze Versorgungsgebiet negartig verteilen. Lücken müssen ausgeglichen werden, und empfiehlt es sich da, die geleerten Kaufleute, die den Verkauf als Hauptberuf ausüben, in erster Linie zu bedenken. Keinesfalls können wie bisher alle Geschäfte beliefert werden; es genügt, wenn 230 Verkaufsstellen vorhanden sind. Das würde für jede Verkaufsstelle einen durchschnittlichen Wochenumsatz von 1000 Brote bedeuten. Es dürfte sich empfehlen, den Verdienst der Verkäufer nach Prozenta festzusetzen, um den Verbrauchern eine entgegenkommende Behandlung zu sichern.

Zur inneren Organisation möchte ich folgendes bemerken: Es beginnen in jedem Betrieb morgens 6 Uhr 2 Zeigmacher, 1 Heizer, 2 Mehlbodenarbeiter, 2 Expedienten und 1 Schichtführer — also 8 Mann, die die Vorarbeiten zu leisten haben, wie Zeig machen, Schichtführer Mehl mischen und Heizer Anheizen der Ofen, die Expedienten das Beladen der Wagen.

Um 8 Uhr fangen die 5 Tischarbeiter und die beiden Ofenarbeiter, die das Brot legen, an, während um 9 Uhr die beiden Ausbäcker beginnen. Die erste Kategorie arbeitet bis mittags 1 Uhr und wird dann von der zweiten Schicht abgelöst, die ihrerseits von 1 bis 8 Uhr abends arbeitet. Um 8 Uhr werden die Tischarbeiter und Ofenarbeiter abgelöst und um 11 Uhr die Ausbäcker; für die letztgenannten Gruppen endet die Arbeitszeit um 10 Uhr. Die Arbeitszeit beträgt für alle 7 Stunden, mit Ausnahme der Ausbäcker, die 6 1/2 Stunden arbeiten. Wer aus der Praxis die Dienarbeit kennt, wird diese kleine Vergünstigung diesen Schwerstarbeitern gerne zugestehen. Es ist eine Pause von 20 Minuten zu gewähren, doch muß erwartet werden, daß die Pause so gelegt wird, daß eine Produktionsstörung nicht eintritt. An eine Verstaatlichung der reinen Konditoreien ist vorläufig nicht gedacht worden. Es empfiehlt sich aber aus finanziellen Gründen, die in den Betrieben bestehenden Konditoreien zu übernehmen, eventuell noch einige einzurichten. Die Viechliberstände, die bei jeder Brotfabrikation erstellt werden, können, soweit sie nicht zur Verbesserung des Produktes dienen, hier verarbeitet werden. Unternehmern können gerade die Konditoreien gute Gewinnquellen werden, wonach auch bei den Städten ein kleines Bedürfnis vorliegt.

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter denke ich dadurch zu wahren, daß sämtliche Angestellte in den einzelnen Betrieben für ihren Betrieb gemäß den zu erwartenden Vorschriften der Reichsregierung einen Betriebsrat wählen, in der vorrevolutionären Zeit Arbeiterausschüsse genannt. Die Betriebsräte aller Betriebe wählen gemeinsam aus sich einen fünfgleidrigen Vollzugsausschuß, der im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen bei der Verwaltung der städtischen Bäckerei mitwirkt. Der Vollzugsausschuß ist hinzuziehen in Fragen der Einstellung und Entlassung, Veränderungen der Arbeitszeit, die überhöhten Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Er ist weiter berechtigt, Wünsche, Beschwerden und Vorschläge, betreffend den Produktionsprozeß, zur Sprache zu bringen und Gesicht in die erfordersamen Geschäftsbücher zu nehmen, um sich ein klares Bild über die wirtschaftliche Lage der Betriebe zu machen. Jeder Schicht steht ein Schichtführer vor, der für den ordnungsmäßigen Fortgang des Arbeitsprozesses dem technischen Leiter verantwortlich ist. Sein Lohn muß, wie üblich, etwas höher als der der Betriebsarbeiter sein. Die Zusammenfassung der Schichten des einzelnen Betriebes erfolgt durch den Backmeister. Aufgabe des Backmeisters ist es, den gesamten Produktionsprozeß zu überwachen, die Anfertigung des Brotes und die Ausgabe des Brotes zu kontrollieren. Er hat der Hauptverwaltung der städtischen Bäckerei Rechenschaft abzulegen. Sein Lohn dürfte, wie üblich, etwas höher als der der Schichtführer sein. Die Zusammenfassung der technischen und kaufmännischen Geschäfte erfolgt durch einen Betriebsleiter, der mit dem erforderlichen Bureauverwalter (Buchhalter, Kassierer) und dem Vollzugsausschuß die laufenden Fragen zu erledigen hat und den städtischen Kollegien verantwortlich ist. Schichtführer und Backmeister sind im Einklang mit dem Vollzugsausschuß durch den Betriebsleiter einzustellen und zu entlassen.

Die Ausgaben der städtischen Bäckerei werden sich belaufen auf Rohmaterialien (Weizen, Salz, Zucker, Gemüze usw.), Kohlen je Tag und Betrieb durchschnittlich 30 Zentner, Kosten für Gewinne, Abschreibungen für Maschinen, Gebäude usw., Entschädigungen an die bisherigen Inhaber der Betriebe, gemäß dem zu erwartenden Rahmengesetz, und Löhne für Angestellte, Bäcker, Transportarbeiter nach den geltenden Sätzen.

Eine Frage, die der Klärung bedarf, ist die Beschäftigung der Lehrlinge. Sie sind zunächst auf die bestehenden Betriebe zu verteilen und systematisch in der Bäckerei und Konditorei durchzubilden. Es können zu diesem Zweck für bestimmte Zeit auch die Entschädigten zur Ausbildung gebraucht werden. Eine Neuanschaffung von Lehrlingen kann in den nächsten Jahren naturgemäß nicht in Frage kommen, wobei nur nach dem finanziellen Ermessensbedarf. Bedenken können ferner noch geltend gemacht werden bezüglich der Gesundheitsfrage. Meines Erachtens können für die Zeit der Rohmaterialienknappheit nur die wirklich beschäftigten Betriebe in Frage kommen für die Aufnahme von Hausbäckerei. Später ist zu erwägen, ob zu bestimmten Zeiten, vor den Feiern usw., nicht einzelne Betriebe zu diesem Zweck freigegeben werden können. Zu prüfen wäre ferner, ob die ganze Produktion monopolisiert werden soll, oder ob früher, wenn die Lebensmittelpreise sich mehrten und die Arbeiter hergestellt sind, den Bäckereibetrieben die Herstellung von Kleingebäck wieder freigegeben werden kann. Die Sorge für Kleingebäck müßte dann endlich geregelt werden.

Von den freierwerbenden Kräften sind die Bäckereimeister vorläufig durch Übernahme der Betriebsstellen versorgt. Eine weitere Entschädigung für ihre Anlagen muß bis zur endgültigen Regelung der Ausbeutung des Monopolrechts aufgeschoben werden.

Die Inhaber der Betriebe erhalten eine Entschädigung für Maschinen, Einrichtung und Gebäude nach dem geltenden Sätzen, der durch künftige Bestimmungen ist.

Die Bäckereibetriebe, die im Besitz tätig sind, müssen übernommen werden, die übrigen werden nach Bedarf bei Regelung des Lebensmittelpreises berücksichtigt. Bei Neuanschaffungen sind in erster Linie die verstaatlichten Stellen zu berücksichtigen.

Das weitere soziale Erachtens die wesentlichen Fragen, die bei einer Konsumgenossenschaft in Betracht gezogen werden müssen. Vorbedingung ist das Rahmengesetz, das uns zur Verstaatlichung der Betriebe ermöglicht, es erregt Bedenken, wenn es dem künftigen wirtschaftlichen Aufbau gerade die Lebensmittelpreise nicht mit angesehen waren. Besonders hat es diejenigen, die bedacht haben, wie die Reichsregierung wohl die Wirtschaftsgenossenschaften, nicht aber die Arbeiterbewegung zur Verwaltung herangezogen hat, nicht. Wir erwarten von einem Parlament, daß es sich ernstlich in dem Sinne engagiert.

Er war mit 644 Delegierten besetzt, die (am 31. März 1919) 4 760 887 Mitglieder vertraten. Vom Ausland waren zahlreiche Gäste erschienen, ebenso hatten Behörden und soziale Institutionen Vertreter geschickt, die Grüße übermittelten oder der Tagung im Allgemeinen Interesse den besten Erfolg wünschten. Besonders hervorheben wollen wir den Gruß des mit herzlichstem Beifall empfangenen alten Kämpfers der Gewerkschafts- und Parteibewegung Greulich, Jülich, der daran erinnerte, daß vor 51 Jahren in Nürnberg der erste deutsche Arbeiterkongress stattfand, dem er selbst auch beizuhören. Er verglich die damalige Zeit mit der jetzigen. Heute seien viele junge Kräfte in die Bewegung gekommen; wenn sie auch zu schnell vorwärtsstürmen wollten, so werde man sich doch mit ihnen zusammenfinden können; wir seien in unserer Jugend auch nicht viel besser gewesen. Vergessen würden aber von der einen Seite die Machtverhältnisse, die sich noch bedeutend geltend machen. Die ganzen Kämpfe werden heute nicht durchgeführt, und die Gewerkschaftsorganisationen in ihrer heutigen Form würden noch mit aller Fähigkeit erhalten werden müssen. Deshalb sei gegenwärtig Toleranz voranzutreiben. Wenn die Gegensätze auch noch so groß sind, so dürfe doch nicht an die Einheit der Gewerkschaftsorganisationen getastet werden. Und wenn noch so viel verstaatlicht würde, so hätten wir dennoch die Gewerkschaften noch jahrzehntelang nötig; sie haben die Aufgabe, die Arbeiterschaft zu schulen, daß sie den Sozialismus erobert kann. Greulichs Mahnungen und Wünsche fanden hitzigen Beifall.

Erwähnen müssen wir noch, daß auch die Konsumgenossenschaften sich durch Herrn Heinrich Kaufmann vertreten ließen. Er erkannte an, daß die Konsumvereine durch das langjährige Tarifverhältnis mit den Gewerkschaften Ruhe und Ordnung in den Betrieben hatten und ihre Entwicklung somit gefördert wurde. Wenn jetzt Arbeitergenossenschaften und allgemeine Reichsarbeiter für ganze Betriebe durch die Gewerkschaften aufgebaut würden, so sei auch die Leistung der deutschen Konsumgenossenschaften berechtigt, diesen Boden zu betreten; der Genossenschaftsleiter sei dann eben der Mann zu etwas Besseren gewesen. Dazu seien aber auch harte Gewerkschaften notwendig. Zur Frage der Sozialisierung führte Herr Kaufmann aus, daß neben Staat und Gemeinde auch die freien Genossenschaften Träger der Sozialisierung werden müßten; denn sie seien schon jetzt genossenschaftliche Organisationen. Aber auch die Konsumgenossenschaften können nur sozial sein, wenn sie von den Gewerkschaften unterstützt würden. Die Parole der Zukunft müsse sein: Genossenschaften und Gewerkschaften am Aufbau!

Die Vermittlung innerhalb der deutschen Arbeiterbewegung machten sich schon bei der Besetzung des Bureaus und bei Festsetzung der Tagesordnung geltend. Die Wünsche der Opposition, die sich zu einheitlichem Handeln zusammengeschlossen hatte, fanden aber zum größten Teil Berücksichtigung. Zum Redenschaftsbericht der Generalkommission wurde einem Redner der Minderheit — Dittmann — Frankfurt a. M. — dieselbe Redezeit zugewilligt wie den Rednern der Majorität, und zum Punkte Sozialisierung wurden Vertreter der U. S. P. und der kommunistischen Partei Korrespondent zugeworfen. Der Kongreß wünschte also zu allen Tages- und Tagesfragen eine gründliche Erörterung.

Es ist im Rahmen unseres Blattes leider nicht möglich, so ausführlich über die Behandlung der einzelnen 11 Tagesordnungspunkte zu berichten, wie es notwendig wäre, wenn unsere Leser nur einigermaßen erschöpfend über den Verlauf des ganzen Kongresses unterrichtet werden sollen. Sie haben hoffentlich die tagliche Arbeiterpresse mit Interesse verfolgt und müssen des weiteren auf das jedenfalls bald erscheinende Protokoll hingewiesen werden. Wir können also auf Einzelheiten nur so weit eingehen, als es hinsichtlich der gefassten Beschlüsse notwendig ist.

Bei dem Redenschaftsbericht der Generalkommission hatte sich Legien auf den Standpunkt, daß die Tätigkeit der Generalkommission nicht von den politischen Verhältnissen aus zu beurteilen sei, wie sie sich seit der Revolution ergeben haben, während des Krieges mußten alle Beschlüsse von einer ganz anderen Machtposition aus gefaßt werden. Aber die Generalkommission tat jetzt, was sie im Interesse der Arbeiterschaft tun mußte. Manche Kritiker von heute habe damals nicht mit derselben Kühnheit wie die Generalkommission gehandelt. Die Gewerkschaften mußten vor dem Zusammenbruch bewahrt werden. Gegen jedes die Arbeiterinteressen verletzende Gesetz habe man protestiert, wie auch heute gegen das Streikverbot durch Woste. Man wende sich auch gegen die sozialistische Minister. Für die Landesverteidigung habe man überhaupt innerhalb der Generalkommission niemals einen Beschluß gefaßt, allerdings waren ihre Handlungen so, daß man sagen kann, sie stand auf diesem Boden. Man habe nicht das Land vermissen lassen dürfen. Mit dem Parteistreit habe man sich erst beschäftigt, als er durch ein Eingeständnis in die Gewerkschaften hineingetragen wurde. Da wurde Widerstand geleistet. Das traurigste Kapitel sei jetzt die infolge des Parteistreits erfolgte Marginalisierung von allen Gewerkschaftsangehörigen. In Gewerkschaftsorganisationen urteilen heute Leute vielfach über die Generalkommission, die sie noch kaum kennen. Die Aufgabe seien rein politischer Natur. In der Generalkommission selbst und in der Vorstandskonferenz seien aber auch Mitglieder der U. S. P., und es sei trotzdem immer zusammen gearbeitet worden. In Einigkeit wurden immer die Differenzen ausgeglichen; aber der Weg, der hier aus dem Kongreß eingeschlagen werde, führe zur Trennung. Es sei das tragische Schicksal der deutschen Sozialdemokratie, daß sie in dem Augenblick, in dem sie die politische Macht erzieht, diese nicht ausnutzen konnte, weil sie zerfallen war. Wie das Urteil über die Generalkommission auch ausfallen möge, sie habe das Bewußtsein, alles unter zu haben, was im Interesse der Arbeiterschaft und der Einheit der deutschen Gewerkschaften lag.

Der Redner der Opposition, Dittmann — Frankfurt a. M., führte aus, man müsse den Geist der Generalkommission unter die Lupe nehmen. Er wolle nicht vom Parteistandpunkt aus. Die Generalkommission hat aber eben, wenn sie die Partei zum Kampf aufgedrückt, jetzt wohl es allerdings von ihrer Vereinbarung mit der sozialdemokratischen Partei zu trennen und warten. Die Partei der sozialistischen Partei bestehend ist. Auf den

internationalen Kongressen seien Beschlüsse anderen Sinnes gefaßt worden, wie von der Generalkommission. Wenn Opfer gebracht werden sollen, dann nicht für den Kapitalismus, sondern für das Proletariat. Was die Internationalen beschlossen habe, hätte verteidigt werden sollen. Im „Korrespondenzblatt“ habe man kurz vor Kriegsausbruch über die Ursachen des Krieges noch anders geschrieben, als nach dem 4. August, wo es geheißen habe: „Rechts jähwärt, marsch!“ Der Klassenstandpunkt wurde eingestellt. Diese ganze Politik sei mit Schuld an dem Krieg, das über das deutsche Volk gekommen ist. Die Kriegspolitik der Gewerkschaften sei also entschieden zu beurteilen. Sie habe auch nach der Revolution ihre folgerichtige Fortsetzung erfahren. Auch jetzt sei nichts von revolutionärem Geist zu verspüren. Man verlange aber eine andere Politik, die getragen sei von dem Gedanken, daß die Gewerkschaften ein Instrument des revolutionären Proletariats sein müssen. Die Generalkommission habe das Vertrauen der Opposition verloren. Man weise es aber zurück, die Gewerkschaften gesplittet zu wollen. Man werde in den Gewerkschaften bleiben und sie dahin bringen, daß an Stelle des bürokratischen, verästelten Geistes der alte revolutionäre Geist mit Hilfe der Massen wiederkomme.

Die weitere Debatte über den Redenschaftsbericht nahm noch einen ganzen Tag in Anspruch und führte hießen wir drüben zum Teil die heftigsten Angriffe zutage. Die Minderheit machte unter anderem auch wieder einen Vorstoß gegen einzelne Gewerkschaftsangehörige, die angeblich mit Recht entlassen wurden respektive in der Öffentlichkeit bloßgestellt worden sind.

Nach Abschluß der Debatte wurde durch eine Entschließung, die mit 445 gegen 170 Stimmen angenommen wurde, ausgedrückt, daß der Kongreß festgestellt hat, die Generalkommission sei beibehalten, im Rahmen ihrer Aufgaben die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Arbeiterklasse wahrzunehmen und zu fördern. Die öffentliche Anschuldigung, die Generalkommission habe im Kriege die Arbeiterklasse verraten, sei entschieden zurückzuweisen. Unter voller Würdigung der Tatsache, daß Meinungsverschiedenheiten über die zweckmäßige Lösung der einzelnen Fragen bestehen können, spreche der Kongreß der Generalkommission sein Vertrauen aus.

Mit dieser Abstimmung war das Stärkeverhältnis der Opposition hergestellt und weitere Abstimmungen über grundsätzliche Fragen ergaben ein ähnliches Bild.

Zum Redenschaftsbericht wurde noch eine Entschließung angenommen — und zwar nur gegen einzelne Stimmen —, die die Neutralität der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien ausdrückt. Bekanntlich wurde 1906 in Mannheim ein Abkommen getroffen, nach welchem zwischen den Zentralinstanzen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei bei wichtigen, die Gesamtinteressen der Arbeiterklasse betreffenden Fragen eine Verständigung herbeizuführen sei. Da dieses Abkommen aber eine einheitliche politische Interessenvertretung zur Voraussetzung hatte, eine solche heute aber nicht mehr gegeben ist, so war der Kongreß der Ansicht, dieses Abkommen jetzt außer Kraft setzen zu müssen und die Neutralität gegenüber den politischen Parteien auszusprechen. Die Gewerkschaften dürfen sich jedoch nicht auf die enge berufliche Interessenvertretung ihrer Mitglieder beschränken, sie müssen vielmehr zum Brennpunkt der Klassenbestrebungen des Proletariats werden, um den Kampf für den Sozialismus zum Siege führen zu helfen.

Berechtigter Aufmerksamkeit fand das Referat der Genosin Gertrud Hanna über Organisationen der Arbeiterinnen. Sie tabelte es, daß noch manche Organisationen nicht in genügendem Maße bestritten sind, die Arbeiterinnen zu erfassen. Besonders kritisierte sie, daß der Kongreß von den Verbänden nur mit 6 Frauen besetzt worden ist, ein Zeichen, wie wenig Beachtung das weibliche Element noch findet. In ihren weiteren Ausführungen trat sie entschieden dafür ein, daß die Spanne zwischen Männer- und Frauenarbeit immer geringer werde. Sie ermahnte ferner, die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ auch durch Mitarbeit zu unterstützen. Die Ausführungen der Referentin wurden in der regen Debatte von fast allen Rednern rückhaltlos unterstützt und in einer einstimmig angenommenen Entschließung zusammengefaßt.

Den Höhepunkt der Verhandlungen bildeten die Punkte 4, 5 und 6 der Tagesordnung, die die großen Zeitfragen der Arbeiterbewegung in sich schlossen. Sie behandelten unter 4 die Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften und die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte, unter 5 die Arbeitsgemeinschaften der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmerorganisationen, unter 6 die Sozialisierung der Industrie. Die Minderheit des Kongresses hatte von vornherein verlangt, daß 4 und 5, weil innerlich zusammengehörig, verknüpft werden sollten. Das wurde zwar anfänglich abgelehnt, ließ sich aber später doch nicht verhindern. Genosin Leipart, Vorsitzender des Holzarbeiterverbandes, der zu Punkt 4 referierte, baute seine Ausführungen auf dem Gedanken auf: Wie kommt es, daß wir heute über Richtlinien für die Wirksamkeit der Gewerkschaften sprechen? Unser einfaches Programm ist früher gewesen: Erhebung der geistigen und materiellen Lage des Arbeiters. Jetzt geht es jedoch, Richtlinien für eine Zukunft aufzustellen, wie sie durch die Revolution vorbereitet wurde. Manche glaubten anfangs, die Gewerkschaften seien jetzt überflüssig geworden; heute sei schon eine Erziehung eingetreten. Man vergaß, daß die Verwirklichung der Demokratie die erste Voraussetzung für den Sozialismus sei. Auch wir seien nicht mit den Erfolgen der Revolution zufrieden. Leipart legte dann dar, daß dennoch große Grundgesamtheiten für die Arbeiter erzielt wurden. Zur Frage der Arbeitsgemeinschaften wies er nach, daß schon lange vor dem Zusammenbruch Verhandlungen über sie im Gange waren und daß sofort mit Beginn der Revolution den Unternehmern Bedingungen für die Arbeitsgemeinschaften gestellt wurden — volle Gleichberechtigung, Achtungstag, Auszahlung der Gehälter usw. —, denen sich die Arbeitgeber unterwerfen mußten. Man habe also nicht gewartet, bis die Gewerkschaften durch den Kampf sich selbst auf wirtschaftlichen Gebieten die Revolution bewirkt hätten. Auch über

Der 10. Gewerkschaftskongreß in Nürnberg.

Der 10. Gewerkschaftskongreß in Nürnberg. Der 10. Gewerkschaftskongreß in Nürnberg. Der 10. Gewerkschaftskongreß in Nürnberg.

Die Frage der Betriebsräte habe man keine Einwendungen gemacht, auch hier sei der Entwurf der Generalkommission weitergehend als der Regierungsentwurf (der übrigens auch nur ein Vorentwurf ist, welcher von der Regierung selbst noch nicht eingehend beraten wurde).

Die Vorlage der Generalkommission baue sich aber in enger Verbindung mit den Gewerkschaften auf. Die Betriebsräte denke man sich so ausgestaltet, wie man sich früher die Arbeitskammern vorgestellt habe.

Die Vertreter der Minderheit, geführt durch Richard Müller, Berlin, vermieden in allen Vorschlägen der Generalkommission jeden revolutionären Geist und verwarfen die Arbeitsgemeinschaften von Grund aus.

Der Kampf der Meinungen war ein langer und erbitterter. Wir wollen aus ihm nur noch erwähnen, daß von unsern Verbandsvertretern Kollege Geißler eine Entschärfung einbrachte und begründete, daß der Regierungsentwurf über die Betriebsräte in wichtigen Teilen nicht allen Erwartungen entspricht.

Eine Entscheidung über das ganze Problem der Arbeitsgemeinschaften und über das Räteystem und auch der Punkt: „Die Sozialisierung der Industrie“ war bis Donnerstagabend noch nicht erledigt.

Gefahr im Verzug!

Der „Brotfabrikant“ bringt in Nr. 27 eine Notiz, nach welcher die Einstellung der Bäckergehilfen nach der Menge des verarbeiteten Mehles vom Reichswirtschafts- und Reichsernährungsministerium als ungünstlich bezeichnet wird.

Wir haben demnach zu gewärtigen, daß bald der Kampf auf der ganzen Linie entbrennen wird; denn heute liegen uns schon Mitteilungen aus den Zahlstellen vor, daß sich die Unternehmer mit dem Gedanken der Entlassung dieser durch die Mehlkontingentierung eingestellten Gehilfen beschäftigen.

Das würde gerade noch fehlen, daß sich die Unternehmer erneut die Taschen füllen können. Zuerst wurden unsere Notmaßnahmen als sozial rückständig bezeichnet, dann wurde solange Sturm gelaufen, bis die großen „Arbeiterfreunde“ bei Ministern ein geneigtes Ohr fanden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Ausschluß. Auf Antrag der Zahlstelle Köln a. Rh. wird Wilhelm Behres (K. N. 861) wegen Streifbruchs ausgeschlossen.

Die Zahlstelle Leipzig sucht zum sofortigen Eintritt einen mit allen Organisationsarbeiten vertrauten Ortsbeamten. Derselbe muß mit der Führung der Kassengeschäfte Bescheid wissen und die Befähigung haben, die Geschäfte der Organisation bezüglich der Agitation sowie Verhandlungen mit den Unternehmern selbständig zu führen.

Die ausgeschriebenen Stellen für Ortsbeamte in Dresden, Hannover und Düsseldorf sind durch Beschluß der Zahlstellen besetzt. Allen Bewerbern unsern besten Dank.

Quittung.

Vom 29. Juni bis 12. Juli gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

- Für Juni: Saalfeld a. d. S. M. 125,35, Coburg 33,05, Apolda 126,75, Landsberg a. d. W. 79,30, Lüneburg 140,45, Stranburg 180,75, Limbach 209,80, Jena 127,25, Gütstrom 176,45, München 6586,15, Regensburg 591,60, Lützen 248,25, Oldenburg 267,15, Lüdenscheid 43,80, Landsbut 892,45, Wülheim a. Rh. 328,65, Böhmitz 216,70, Guben 129,65, Eisenach 115,10, Luedd 745,45, Hagen 133,20, Bierjen 553,05, Garburg 282,45, Nalen 285,95, Jüttau 178,25, Gameln 139,55, Kirchberg 194,75, Hof 535,95, Dwisburg 572,10, Sorau 98,45, Königberg 1671,15, Leipzig 4367,80, Homburg v. d. S. 999,95, Halberstadt 101,85, Neumünster 66,35, Köbau i. S. 274,15, Hamburg 13 990,85, Oera 346,70, Altenburg 278,60, Geseh 153,60, Schweinfurt 97,80, Baderborn 113,75, Uetersen-Elmsborn 120,70, Börsneck 725,20, Essen 731,85, Bremen 2831,10, Eplingen 98,45, Biberach a. d. N. 60,15, Cassel 1632,95, Rosenheim 141,45, Karlsruhe 326,70, Münster 571,60, Marktredwitz 43,85, Dessau 130, Celle 710,35, Rosdorf 270,25, Rudolstadt 88,30, Nürnberg 4116,90, Augsburg 612,70.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: B. F. Leer M. 9, K. K. Rempten 14, W. F. Zeterow 28,90, U. G. Daffel 11, K. K. Brühl 3, D. E. Ripperow 2,40, K. W. Gondelsheim 16, H. K. Gravel 5,20, A. P. Frenstadi 2, G. W. Oberfischen 29,40, G. K. Keppenheim 10.

Für Abonnements und Annoncen: H. & W. M. 108,01, Dwisburg 5, Karlsruhe 5, Celle 11.

Für Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung: Grefeld M. 6, Saalfeld 3, Apolda 9, Landsberg 15, Lüneburg 12, Limbach 3, Gütstrom 15, Regensburg 3, Lüdenscheid 3, Böhmitz 6, Guben 15, Wülhelmsburg 20, Jüttau 3, Gameln 15, Hof 12, Dwisburg 3, Sorau 6, Homburg v. d. S. 3, Neumünster 9, Börsneck 3, Bremen 3, Münster 90, Marktredwitz 6, Rosdorf 3, Karlsruhe 3.

Für Jahrbücher: Zeterow M. 1, Jena —40, Gütstrom 16, Guben 7,20, Jüttau 2, Hof 1,50, Sorau 12,50, Leipzig 32,40, Hamburg 4, Börsneck 5,20, Essen 60, Bremen 36, Rosenheim 2, Marktredwitz 3,20, Rudolstadt —40.

Der Hauptkassierer. D. Freitag.

Schuldenerregungen und Streiks.

Bäcker.

Bremenscher Lohnkampf im Bäckergewerbe in Bremen. Eine überaus stark besuchte Versammlung der Bäckereiarbeiter Bremens nahm am 7. Juli im Gewerkschaftshaus den Bericht über die Verhandlungen mit den beiden Innungen und den Großbetriebsunternehmern entgegen.

Die Großbetriebe sind den Forderungen der Arbeiterschaft bereits entgegengekommen und zahlen einen Lohn von M. 110, die Innungen dagegen lehnen jede Verhandlung ab und behaupten, daß sich mit M. 80 bis M. 88 Wochenlohn noch ganz gut leben lasse.

In dem Bewußtsein, die Unterstützung der gesamten bremischen Arbeiterschaft und aller rechtlich denkenden Menschen zu besitzen, steht die Bäckereiarbeiterschaft den kommenden Ereignissen mit Ruhe entgegen.

Frankfurt a. M. (Berichtigung.) Im Bericht über den Abschluß der Tarifbewegung in Nr. 27 muß es heißen: Die Arbeitszeit in Großbetrieben beträgt 8 Stunden einschließlich einer halben Stunde Essenspause.

Konditoren.

Schließung der Feuerungszulage in Berlin. Das Schlichtungsausschuss beschloß, auf die eingereichte Forderung eine Feuerungszulage für die Gehilfen von M. 25, ungelernete Arbeiter und weibliche Hilfskräfte M. 10 bis 20 und Ladengehilfen M. 25 wöchentlich, desgleichen für letztere die Berechtigung von 10 Pzt. Aufschlag auf den Umsatz, festzusetzen.

Korrespondenzen.

Crimmitschau. Am 11. Juni fand die regelmäßige Monatsversammlung statt, welche schwach besucht war.

troßdem es wiederholt gemeldet ist. Beim Punkt „Fachausschuß“ wurde dem Beisitzer geraten, alles daran zu setzen, damit die Behörden besser funktionieren.

Falkenstein. Die Bezirksversammlung am 29. Juni wurde vom Kollegen Lienemann geleitet. Kollege Geißler berichtete, daß endlich der Bezirksausschuß eine Neuordnung des Fachausschusses im Bezirk Auerbach vornehmen wolle.

Mannheim. Am 3. Juli fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. In längeren Ausführungen suchte Kollege Amann den Versammelten die Notwendigkeit der Beitragserhöhung darzumachen.

Wernigerode. Am 1. Juli wurde die Zahlstelle Wernigerode als selbständig erklärt, und am 4. Juli fand die erste Mitgliederversammlung und gleichzeitige Vorstandswahl statt.

Bäcker.

Lengsfeld i. W. In der am 17. Juni stattgefundenen fünfzehnten Versammlung sprach Kollege Geißler über die Arbeitslosigkeit im Gewerbe und wie man dieselbe beseitigen werde.

Mittweida. Am 3. Juni sprach Kollege Clausnitzer aus Chemnitz im Bäckereigehilfenverein über Arbeitslosigkeit und Löhne. Nach seinen Ausführungen waren alle dahin einig, daß nur ein geschlossenes Zusammenarbeiten es ermöglicht, vorwärts zu kommen.

Sonneberg. Am 6. Juli fand eine öffentliche Bäckerversammlung zu Laufsha statt, die vom Vorsitzenden Köhler geleitet wurde.

Konditoren.

Hamburg. In der am 1. Juli abgehaltenen öffentlichen Versammlung wurde zur Lohnbewegung Stellung genommen. Die Situation ist folgende: Der Tarif ist ordnungsgemäß zum 1. Juli gekündigt worden.

Die auf dem Verbandstage der Selbständigen in Kottbus aufgeworfene Frage des Reichstatts muß in nächster Zeit eingehend erörtert werden.

Arbeit, lange Arbeitszeit, schlechte Bezahlung, große Arbeitslosigkeit, An- und Logiswesen, mit welchem die Gehilfenchaft genügt beeinflusst und mit der Stimmung der Bevölkerung über dieses Thema zurückfallen, aber die Frage aufwerfen, wie es kommt, daß die Gehilfen alles haben, die Gehilfen dagegen zum großen Teil arbeitslos sind und öffentliche Mittel in Anspruch nehmen müssen, um ihr Leben zu fristen. Der folgende Bericht der Verhandlungen im Nachhinein entfällt weiter das Bild vom weitausgehenden Stand, vor dem sich ein Aufsteigender keiner Gefahr machen kann. Gehilfen sind angegriffen worden, die weder annähernden Tariflohn erhalten, noch ihren Lebensunterhalt haben. Mehrere Kollegen sind gar nicht gesehen worden, dagegen Überlange Arbeit. Die verordnete Sonntagsarbeit, die uns in Aussicht schneller Stundenentlohnung und andere Fragen können infolge der Belagerung nicht mehr erledigt werden. Die Wohnung des Vorsitzenden, die Zeit zu misen und daß sich die Wirtschaftlichkeit am weitesten ausdehnen kann, während eine bessere (bunnt) schaffen werden, in auf fruchtbarsten Boden gefallen.

Fabrikbrände.

Gehilfen. Am 9. Juli fand eine Betriebsversammlung der bei der Firma Gebr. Gerades Beschäftigten statt. Die Ausführungen des Kollegen Bittner wurden von den zahlreich erschienenen aufmerksam und mit Beifall aufgenommen. Alle Anwesenden, 1 Bäcker und 48 Arbeiterinnen, waren geschlossen der Organisation bei und gelobten, auch die noch nicht Organisierten zu der nächsten Versammlung mitzubringen. Nach hier haben die Kollegen und Kolleginnen erkannt, daß sie nur im Zentralverband der Bäcker und Konditoren ihre Rechte vertreten können.

Leipzig. Am 21. Juni hat sich eine Besondere Versammlung der Gewerkschaften, wurde zu den jetzt bestehenden Lohnverhältnissen Stellung genommen. Kollege Wille machte am Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Ausführungen bekannt, daß am 27. Juni einmütig mit rückwirkender Kraft von 1. Juni der schon vor einiger Zeit demunzierte Lohnzuschlag ausgesetzt wird. In der nun mit gleichzeitiger Verhandlung einseitigen Diskussion kam der Lohn lange bei den Leipziger Kollegen und Kolonnen vornehmend in Erwähnung über die höchst unzulässigen Löhne zum Durchbruch. Die Diskussionen machten aus ihrem Herzen um Geheimnissen. Umwas Grundlegendes, was der Arbeiterklasse das gebe, was ihr eigentlich nach den Entbehrungen des Krieges zustehe, sei die Lohnunterstützung nicht, wurden doch von den Diskussionsleitern 110 bis 120 Lohn verlangt. Andererseits wurde aber auch darauf hingewiesen, daß der durch die Revolution in der Schwarenarbeiterklasse bewirkte Gehalts- und auch in anderen Angelegenheiten, daß kein Unorganisiertes mehr in den Reihen der Schwarenarbeiterklasse zu finden ist. Punkt 2 ist den Bericht über die am 22. Juni stattgefundene Bezirksversammlung vor, den Kollege Braumann ermittelte. Er äußert sich, daß sich die Bezirksversammlung in dieser Sitzung konstituierte. Eine Veränderung sei beabsichtigt, daß man nicht mehr von Person zu Person verhandelt würde, sondern auf zentraler Grundlage, und daß der Leipziger Bezirksausschuß außerordentliche Arbeit leisten würde. Da in Leipzig am folgenden Sonntag die Arbeiterratswahl stattfinden sollte, behandelte Kollege Kitzberg kurz die Bedeutung der Arbeiterräte in der heutigen Zeit. Unter „Verständenes“ wurden noch einige lokale Angelegenheiten erledigt, worauf Kollege Brückmann die Versammlung mit der Mahnung an alle, treu zur Organisation zu stehen, schloß.

Ungarisches Mehl.

Die Getreideversorgung Deutsch-Osterreichs. Der neueste amtliche deutsch-österreichische Staatenstandsbericht bezeichnet die diesjährigen Getreideernten als „gutmittel“. Der durchschnittliche Verbrauch der Bevölkerung Deutsch-Osterreichs an Weizen und Roggen zusammen ist für die Friedenszeit für Kopf und Jahr auf 204 kg berechnet worden. Die Erzeugung Deutsch-Osterreichs in diesen beiden Brotgetreidearten beträgt dagegen nur 118 kg für den Kopf, so daß 78 kg für den Kopf oder 64 v. H. der Erzeugung einbezogen werden müssen. Am besten ist die Lage in Oberösterreich, wo die Produktion an Weizen und Roggen 221 kg für den Kopf beträgt, also den Verbrauch übersteigt. Es folgen Kärnten mit 183, Salzburg mit 128 und Niederösterreich mit 120 kg. Dagegen produziert Steiermark nur 100 kg, Tirol 88, Vorarlberg nur 2 kg pro Kopf.

Die Getreideimportation der Tschechoslowakei. In der Getreideimportation der Tschechoslowakei liegt viel günstiger als in Deutschland. Sie erzeugt in Friedenszeiten in Weizen, Mägen und Schilfen zusammen 176 kg Weizen und Roggen auf den Kopf der Bevölkerung. In normalen Zeiten wird die Tschechoslowakei ihren Brotgetreidebedarf selbst decken können.

Zur Förderung des Getreideanbaues in Italien soll auf Anregung des Landwirtschaftsministers ein besonderes Forschungsinstitut mit Mission ins Leben gerufen werden. Die wesentlichste Aufgabe wird die Erforschung, Auswahl und Züchtung der für die verschiedenen Bodenarten Italiens am besten geeigneten Getreidearten sein. In Verbindung damit werden Versuchsstationen in Foggia, Palermo und Rom zur Samenkontrolle eingerichtet.

Italienische Getreideernte aus der Ukraine. Eine ukrainische Mission in Rom hat nach einer Mitteilung der „Ageria Nazionale“ mit der ukrainischen Regierung ein Abkommen über den Warenexport nach Italien mit der Ukraine getroffen. Unter anderem beabsichtigt die Ukraine, Italien einen Teil des schon früher aus Ukraine bezogenen Getreides zu liefern. Die Einfuhr soll in nächster Zeit beginnen.

Getreidepreise in Holland. Die holländischen Getreidepreise für die Ernte 1919 sind folgende:

Table with 2 columns: Grain type (Weizen, Spelt, Roggen, etc.) and Price per 100 kg (fl. 30.-, 20.-, 32.50, etc.).

Die Angaben über weiße Carottenernte sind dem „Landbouwkundigen“ vom 7. Juli entnommen.

Kohlenmangel und Getreideernte in Argentinien. Die Getreideernte in Argentinien ist überaus knapp und teuer, haben viele Verriebe in Argentinien Getreide und Mais verloren. Das Elektrizitätswerk in Süddocken brennt täglich 500 t Mais 100 t Hafer und 150 t Kleie. In dem Wasserwerk dieser Gemeinde werden täglich 160 t mit ökonomischem Vorteile verfeuert. Mais wird geradezu wie Kohle verfeuert, gibt dem Feuer Wärme und seine Wärmeintensität ist halb so groß wie die des Petroleum. Um letzteres anzuwenden, hätten die Öfen umgebaut werden müssen. Mais ist heute billiger als Brennholz, da es nur ungefähr 35.50 Pesos (ca. 1.30 = 1 Peso) kostet und sehr viel billiger als inländisches Petroleum, das sich auf 130 Pesos pro Tonne stellt. Im Verhältnis zu diesem Brennmaterial ergibt Mais eine tägliche Ersparnis für das Wasserwerk von ungefähr 3000 Pesos.

Die Getreideernte Neuseelands. Der für Neuseeland geschätzte Durchschnittsertrag für die Saison 1918/19 wird für Hafer auf 28.32 Bushels auf den Acre (gegen 24.23 Bushels 1917/18) geschätzt. Das Ergebnis für Hafer stellt sich auf 34.90 Bushels pro Acre gegen 31.64 Bushels im Vorjahre. Die Ernte wird in diesem Jahre voraussichtlich im Erlolge, weil das Wetter ausnehmend kalt und feucht war.

Eingegangene Bücher und Schriften.

Das Verbrechen des Bürgerkrieges. Was ist Spartakus? Von einem Arbeiter. 20 S. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 8.

Arbeitslosigkeit und Arbeitsnot. Was kann uns helfen? Von Erwin Barth. M. 1. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 8.

Ein sozialistisches Aktionsprogramm. Von Bruno Burchardt. 10 S. Verlag E. Henmann & Sohn, Berlin NO 43, Königsstr. 89.

Wie werden wir wieder reich? Von Erich Kuttner. 20 S. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68, Lindenstraße 114.

Spätestens am 19. Juli ist der 30. Wochenbeitrag für 1919 (20. bis 26. Juli) fällig.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 20. Juli: Offen a. d. R.: Vorm. 10 Uhr im Restaurant Spahn, Steeler Straße.

Dienstag, 22. Juli: Leipzig (Konditoren): Im „Reglerheim“, Nordstraße 17. — Oberhausen: 7 Uhr, Deutsches Haus.

Freitag, 26. Juli: Zwickau: 7 Uhr, „Bräutlingschen“, Schloßstr. 2.

Sonntag, 27. Juli: Bochum: „Zum goldenen Löwen“, Ecke Roon- und Kottstraße. — Jüchen: 2 Uhr, „Deutsches Haus“. — Saarbrücken III: 3 Uhr, Bleichstr. 6. — Thorn: 3 Uhr, Hauptamt, Neupfärscher Markt.

Anzeigen.

Wo treffen sich die Bäcker von Hannover-Steden? Jeden Donnerstag und Sonntag bei Fritz Wolf, Schillerstr. 4. A 5)

Sie rauchen zu viel! „Ranchertrost“. Tablett (gesetzlich geschützt) ermöglichen das Rauchen ganz oder teilweise einzustellen. Unschädlich! 1 Schachtel M. 2.— frei Nachnahme, 6 Schachteln M. 10.— Versand Hansa, Abt. 192, Hamburg 25. [M. 8]

Stechwunden offene Füße, Krampfadern heilt sofort in verschleißenden Fällen mit oft überaus bestem Erfolg die hauttrocknende, wundheilende und juckreizhindernde „Wundheilungstafel“. Preis M. 2 und M. 3.75, erhältlich in Apotheken. Man bitte sich vor Nachahmungen zu hüten, wo nicht auf „Fisch“, direkt bei TUTOGEN-LABORATORIUM, Sztittkeimen-Romiz. 1 203. [M. 9]

Fachlehrbücher I. Ranges

mit vielen Abbildungen: Der praktische Konditor M. 26.65. Großes Back- und Süßspeisenbuch 15. Die Bäckerei 18.35. Eis-, kalte und warme Speisen 10.70. Mehlpreise 3.35. Konditoreirezepte 3.85. Pfefferkuchebücher 2.95. Großes Kochbuch 10.65. Preisermittlungsbuch 4. Die Konerven 3.35. Die Süßbäckerei 4.80. Schriftenalbum 5. Tafelaufsätze 18.65. Tortenverzierung 15. Garnierschule 2.50. Karamellarbeiten 3.35. Das Dessert 8.70. Die Kakaomakerei 8.70. Die modernen Getränke 6.35. Marmeladenfabrikation 9. Schokoladenfabrikation 12.65. Alkoholische Getränke 2. Obst- und Beerenweinbereitung 6.46. Kalte und warme Bowlen 2.75. Punschbuch 1.40. Destillierkunst 4. Der Handwerker als Kaufmann 7.95. Handbuch für Kaufleute 13.50. Lohnberechner 2. Rechenhilfen 4.25. 10 000 Rezepte und Verfahren zur Herstellung chemischer und technischer Artikel 46.20. Gegen Nachnahme. I. Schwarz & Co., Verlagsbuchhandlung, Berlin 340 E, Innenstr. 24. [M. 20]

Rucherrutsch [M. 48]

in ganz Deutschland beliebt zum Streichen der Formen und Bleche. 1 kg M. 7.50, von 5 kg an M. 7.—, ertl. Flasche.

Extrakte, Emulsionen und Farben

laut Spezialpreisliste. Probefläschen von 1/8 kg M. 34.— oder 1/4 kg M. 65.—, Flasch. Bittermandel-, Vanille-, Apfelsinen-, Himbeer-, Rum-, Butterarom.-Extrakt.

Glaser-Aroma-Tabletten 1/4 Dose M. 16.—

Farb-Tabletten rot, grün, braun, gelb, 1/4 Dose M. 17.50, 1/2 Dose M. 4.50.

Extrakte in 11 Flaschen je 35 c. Verf. in Kart. zu 50 Aeth. Oele 75 f. u. 100 Flaschen

in Mandel-, Zitronen-, Ruchen- und Vanille-Geschmack. 1 kg M. 4.60, 1/2 kg M. 20.25.

Backpulver in Beutelchen zum 12-c. Verkauf, 1 Karton 100 Stück M. 9.—

Birchhornsalz (amm. carb. pulv.), beste Triebkraft, zum billigsten Tagespreise.

Schaumpeisepulver auch als Eispulver zu verwenden, zum billigst. Tagespreise.

Flüssige Schaummasse zu behandeln wie Eiweiß, in 1, 5, 12, 26 Liter-Flaschen, 1 Liter M. 4.50 ertl. Flasche.

Holzstreumehl weiß u. braunfarbig, 1 Zentner M. 20.— inkl. Zuteil.

Zuckerrübenmehl 1 kg M. 4.—

Rübenmischmehl I 1 kg M. 3.60

Rübenmehl II 1 kg M. 3.—

Kohlrübenmehl 1 kg M. 2.80

Nussmehl 1 kg M. 14.—

von 50 kg bedeutende Preisermäßigung

Verband ab hier gegen Nachnahme.

Liebig & Co., G. M. Leipzig-R. 5, Kohlartenstr. 17. Telefon 2290.

Für flüssiges Eiweiß

empfehlen wir das behördlich genehmigte flüssige

! Schaumweiß !

Schaumweiß wird hergestellt unter Verwendung garantiert reiner Hühnerweisses.

Schaumweiß dient zur Herstellung aller Arten von Schaumspeisen, Torten und Gebäcken, Puffen usw.

Schaumweiß gibt einen festen Schnee, es ist backfähig und sofort gebrauchsfähig.

Schaumweiß wird infolge seiner Reinheit in Geschmack und in der Herstellung überall bevorzugt.

Vertrieb durch die Asiatische Handels-Gesellschaft m. b. H.

Hamburg 1, Hachmannplatz 2. [M. 40]

Spezialhaus für Eigelb Eiweiß

für den Bäckerei- und Konditoreibedarf.

Verkehrslokal und Treffpunkt der Stuttgarter Kollegen und Verbandsmitglieder täglich beim Kollegen

Hack, „Eßlinger Hof“, Kanalfstr. 7, beim Charlottenplatz. [M. 5]